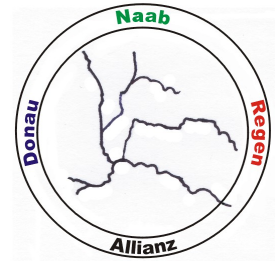


Donau-Naab-Regen-Allianz (DoNaReA)

Ein Netzwerk für Gewässerschutz



Sprecher: Dr. Josef Paukner 0941 / 64 00 726
Gerhard Härtl 0941 / 41 272

Anschrift: Dr. Josef Paukner Eifelstraße 47 a 93057 Regensburg
eMail: paukner@t-online.de

Zum Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Bayern

**Statement von Dr. Josef Paukner,
Sprecher der Donau-Naab-Regen-Allianz
und der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen,
vorgetragen beim 15. Wasserforum Bayern am 29. April 2015**

Wir stehen nun im Jahr 2015. Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist dieses Jahr von zentraler Bedeutung. Die Kernsätze dieser Richtlinie lauten: „die Mitgliedstaaten schützen, verbessern und sanieren alle Oberflächenwasserkörper (...) mit dem Ziel, spätestens 15 Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie (...) einen guten Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen“ und „die Mitgliedstaaten schützen und verbessern alle künstlichen und erheblich veränderten Wasserkörper mit dem Ziel, spätestens 15 Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie ein gutes ökologisches Potential und einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen“.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht und wir sind sehr weit vom Erreichen dieser Ziele entfernt.

Anzumerken bleibt an dieser Stelle, dass sich hier auf der Internet-Seite <http://www.lfu.bayern.de/wasser/wrrl/index.htm> ein Fehler eingeschlichen hat. Dort heißt es, nach der Wasserrahmenrichtlinie sei „nach Möglichkeit bis 2015 – spätestens bis 2027 –“ der gute Zustand zu erreichen.

Das Einzige, das tatsächlich erreicht wurde, ist, dass wir nun über sehr umfangreiches Datenmaterial zum ökologischen und chemischen Zustand der Oberflächengewässer und Grundwasserkörper verfügen. Wir sehen nun klar, was alles noch zu tun bleibt.

Wenn wir diese Befunde dem gegenüberstellen, was in den vergangenen Jahren geschehen ist, muss man eindringliche Worte wählen. Man muss es so sagen: Es ist peinlich, es ist abgrundtief peinlich, wie zaghaft, zögerlich und unentschlossen diese Richtlinie in Bayern bislang umgesetzt wurde.

Es wäre uns lieb, wenn wir nicht recht gehabt hätten mit den Befürchtungen, die wir als Natur- und Umweltbewegung früh schon vorgetragen haben. Der Grund unserer Besorgnis war bereits, dass bei der Novellierung des Bayerischen Wassergesetzes 2003 im Abschnitt „Kosten“ des Gesetzentwurfs vertreten wurde, mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie reiche es aus, „die in Bayern schon auf der Grundlage des bisherigen Rechts begonnenen Maßnahmen zur Renaturierung der Fließgewässer im bisherigen Umfang fortzuführen“.

Dem lag eine beschönigende Darstellung über den ökologischen Zustand der Gewässer zugrunde, die sich nun als unzutreffend erwiesen hat. Nur ein kleiner Teil unserer Fließgewässer befindet sich

in einem guten ökologischen Zustand und nur bei wenigen ist zu erwarten, dass sich die Situation in den nächsten Jahren verbessert. Die Situation ist alarmierend. Es wäre nun an der Zeit, die Fehler der Altvorderen aus den Jahren um 2003 zu überwinden und endlich mit der gebotenen Entschlossenheit diese Richtlinie umzusetzen.

Es stimmt uns allerdings bedenklich, wenn wir sehen, dass in wichtigen Punkten nun versucht wird, Probleme einfach „wegzudefinieren“.

Wir führen in unserer Region seit einiger Zeit eine lokale Auseinandersetzung um eine Einleitung von Oberflächenwasser aus einem Gewerbegebiet in ein Altwasser. Im Zuge dessen hat ein Anglerverein an Fischen Schadstoffmessungen durchführen lassen und es hat sich gezeigt, dass einige Fische sehr stark mit Quecksilber belastet waren. Wir haben Gespräche mit Mitarbeitern von einschlägigen Behörden geführt und dabei hieß es schließlich, nun sei der gute chemische Zustand des Regens „im Eimer“. Bald darauf fand ein Regionales Wasserforum statt. Uns wurden Karten vorgestellt, die die Situation der Fließgewässer darstellen sollten. Zu unserem Erstaunen war der Regen hier grün gezeichnet, als wäre er in gutem Zustand. Wir haben nachgefragt und zwei Mitarbeiter, die eigentlich die Karten erläutern sollten, konnten uns dies nicht erklären. Ein Dritter, den wir schließlich befragt haben, konnte es erläutern: Man hat einfach beschlossen, die sogenannten ubiquitären Schadstoffe nicht zu berücksichtigen.

Das Dokument Risikoanalyse.pdf, das das LfU im Internet verfügbar gemacht hat, enthält zum chemischen Zustand der Fließgewässer Bayerns zwei Spalten. Die eine Spalte „Vorläufige chemische Zustandsbewertung gesamt“ ist von oben bis unten rot hinterlegt. Alle Fließgewässer Bayerns befinden sich in einem Zustand, der „nicht gut“ ist. Bei keinem bayerischen Fließgewässer ist zu erwarten, dass sich bis 2021 ein guter chemischer Zustand erreichen lässt. Die andere Spalte „Vorläufige chemische Zustandsbewertung (ohne Berücksichtigung ubiquitärer Stoffe)“ dagegen ist blau hinterlegt. Der Zustand ist gut. Für die meisten Gewässer ist eine Zielerreichung bis 2021 zu erwarten. Die zweite Spalte wird nun kommuniziert.

Dies erinnert an die alten Radio-Eriwan-Witze, in denen eine Aussage nach und nach in ihr Gegenteil verkehrt wird. Alle Fließgewässer befinden sich in einem guten Zustand, wenn man diejenigen unberücksichtigt lässt, die sich in schlechtem Zustand befinden. In die letztere Kategorie fallen alle Fließgewässer. Wir haben kaum Schadstoffe in unseren Gewässern – außer den Schadstoffen, die wir überall in den Gewässern haben. Der Zustand unserer Gewässer ist gut, wenn man das Schlechte außer Acht lässt.

Wir müssen es klar sagen: Alle bayerischen Fließgewässer befinden sich in einem chemischen Zustand, der nicht gut ist. Es ist nicht zu erwarten, dass sie in absehbarer Zeit in einem guten chemischen Zustand gebracht werden können.

Soweit wir wissen, stammt das Quecksilber zum großen Teil aus der Kohleverbrennung. Mit Blick auf die laufenden Auseinandersetzungen um Kohlekraftwerke müssen wir darauf hinweisen, welchen Preis das Leben im Wasser bezahlt für die damit verbundenen Schädigungen unserer Gewässer. Eine Beschönigung dieser Situation fördert die weitere Belastung der Gewässer.

Wir haben uns anfangs gewundert, warum die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft stets „grün gefärbt“ war. Mittlerweile ist klar, dass dem eine Definition des Begriffs „Umsetzung“ zugrunde liegt, derzufolge als „Umsetzung“ die Aufstellung von Förderprogrammen gilt, durch die das Erreichen der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ermöglicht wird. Ermöglichen und Erreichen sind „zwei paar Stiefel“. Übertragen auf andere Lebensbereiche, würde dies heißen: „Wir haben doch viel gelernt für die Schulaufgabe ...“, „wir haben doch viel trainiert und waren doch gut beim Training ...“.

Wenngleich es sicher grundsätzlich von Vorteil ist, Lösungen freiwillig und kooperativ zu erzielen, muss man damit rechnen, dass die Freiwilligkeit an ihre Grenzen gerät. Wir können nicht das Erreichen der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie von den Schwankungen und Launen der Agrarpreiskonjunktur abhängig machen. Wenn sich zeigt, dass sich die Ertragslage bei wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eben so günstig entwickelt hat, dass sich gewässerschonende Wirtschaft mit Inanspruchnahme einschlägiger Förderprogramme zu wenig lohnt, brauchen wir andere Regelungen. Es muss endlich den „Plan B“ geben für den Fall, dass das Prinzip der Freiwilligkeit nicht zielführend ist. Es muss deutlich gemacht werden, dass für Freiwilligkeit und Kooperation auch zeitliche Grenzen bestehen.

Ich zitiere nochmals (verkürzt) diesen Kernsatz der Wasserrahmenrichtlinie: „die Mitgliedstaaten schützen und verbessern alle künstlichen und erheblich veränderten Wasserkörper mit dem Ziel, spätestens 15 Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie ein gutes ökologisches Potential und einen guten chemischen Zustand der Oberflächengewässer zu **erreichen**“. „Ermöglichen“ steht nicht in dieser Richtlinie, vielmehr ist hier ein „Erreichen“ vorgegeben.

Und nun haben wir gelesen, dass das Landesamt für Umwelt in Bayern an die EU-Kommission gemeldet hat, 15.263 Querbauwerke von 29.124, somit 52,4 % der Querbauwerke seien als „durchgängig“ zu bewerten. Wo soll das möglich sein? „Durchgängigkeit“ weist drei große Komponenten auf: den Fischaufstieg, die flussabwärts gerichteten Wanderungen und Verdriftungen von Organismen und die Geschiebedurchgängigkeit. Für den Fischabstieg gibt es keinen „Stand der Technik“ und zur Geschiebedurchgängigkeit gibt es letztlich kaum mehr als Ideen. Wie kann man dann mehr als die Hälfte der Querbauwerke als „durchgängig“ einstufen? „Betrachtet wurde ausschließlich die Durchgängigkeit nach Oberstrom.“ heißt es in diesem Dokument.

Ein solches Weg-Definieren von Problemen bedeutet eine Beschönigung der Situation, die uns Möglichkeiten zu einer tatsächlichen Verbesserung verbaut.

Ein großer Fortschritt – der einzige wirklich große Fortschritt – liegt darin, dass wir nun über die Befunde und die Daten verfügen und so auch gegenüber der Politik darlegen können, wo die Probleme liegen.

Wie stehen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vor sehr großen Problemen. Wir brauchen große Anstrengungen, um die Ziele dieser Richtlinie erreichen zu können. Es gibt Interessenskollisionen und es wäre eine Illusion zu glauben, man könne den guten ökologischen Zustand der Gewässer und der Grundwasserkörper erreichen, ohne Vorgaben zu machen und Grenzen für die freie Bewirtschaftung von Land und Wasser zu setzen. Das ist nicht einfach. Beschönigungen wirken hier kontraproduktiv.

Daher unser Appell an die mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie betrauten Behörden des Freistaats Bayern: Vermeiden Sie es, die Situation zu beschönigen, Probleme wegzumogeln und wegzudefinieren! Wir wären heute weiter, wenn zu Beginn der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie eine ungeschönte Darstellung in der Öffentlichkeit vermittelt worden wäre. Wir werden nicht zu einem guten Ende kommen ohne die Probleme klar zu benennen.

Zuletzt möchte ich anfügen, was ich seit längerem bei dieser Gelegenheit immer wieder anspreche: Es gibt im 15. Jahr der Wasserrahmenrichtlinie immer noch die legislativen und administrativen Grundlagen für die Umsetzung dieser Richtlinie an den Bundeswasserstraßen. Hierzu ist eigentlich bereits alles wiederholt gesagt, was zu sagen ist. Es geschieht nichts. Soweit wir wissen, gibt es als aktuelle Entwicklung lediglich, dass die Länder ihren Dissens mit dem Bund bestätigt haben. Muss man hier wirklich ein Vertragsverletzungsverfahren oder ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten, bevor die Politik endlich dieses Problem löst?